

Länderprofil Kolumbien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Platz 30 / 67 Punkte (WVI 2020: Platz 41 / 62 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2019 – 30. September 2020

Inhaltsverzeichnis

Kurze Zusammenfassung	2
1. Position auf dem Weltverfolgungsindex	2
2. Trends und Entwicklungen	3
3. Religiöse Situation im Land	3
4. Triebkräfte der Verfolgung	5
5. Verfolger	7
6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung	10
7. Betroffene Christen	11
8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt	12
9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen	22
10. Gebetsanliegen	23

Kurze Zusammenfassung

Gemeindeleiter werden bedroht, belästigt, erpresst und sogar ermordet – dies ist ein Resultat der Gewalt der Guerillas oder anderer krimineller Gruppen, besonders in den am meisten vernachlässigten Regionen des Landes. Diese Gewalt ist in den meisten Fällen eine unmittelbare Folge davon, dass Christen Korruption und Gewalt anprangern, im Bereich des Schutzes der Menschenrechte oder der Natur arbeiten, in der Jugendarbeit aktiv sind, die Wiederherstellung des Friedens fördern, sich in Predigten gegen die Kriminalität wenden und so auf die eine oder andere Weise die illegalen Aktivitäten örtlicher krimineller Gruppen bedrohen. In indigenen Gemeinschaften gibt es einen signifikanten Widerstand gegen christliche Missionare und Christen mit indigener Herkunft. Diese müssen in Folge mit Haft, körperlichem Missbrauch, Verweigerung von Grundrechten, Behinderung der Nutzung ihres angestammten Gebiets und anderen Formen der Strafe rechnen. Zusätzlich führt die Zunahme eines extremistischen Säkularismus zu einer zunehmenden Intoleranz gegenüber christlichen Standpunkten im öffentlichen Raum. Dies gilt besonders bei Themen, die den Lebensschutz, die Familie, Ehe und Religionsfreiheit betreffen. In diesem Zusammenhang wird Christen vorgeworfen, andere zu diskriminieren und Hass zu verbreiten.

Vollständiges Länderprofil

Dieses Länderprofil ist ein übersetzter Auszug aus dem Country Dossier von World Watch Research, der Forschungsabteilung von Open Doors. Das vollständige Country Dossier mit weiteren Hintergrundinformationen finden Sie [hier](#).

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Jahr	Punktzahl	Platzierung
2021	67	30
2020	62	41
2019	58	47
2018	56	49
2017	53	50

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Im Weltverfolgungsindex 2021 stieg Kolumbien um fünf Punkte und setzte damit den Aufwärtstrend der vorangegangenen vier Berichtsperioden fort. Auch wenn der Wert für das Auftreten von Gewalt leicht zurückging (von 15,0 auf 13,9 Punkte), ist der Durchschnittswert des Drucks auf Christen von 9,4 auf 10,7 gestiegen. Christen wurde von kriminellen Anführern eine größere Kontrolle auferlegt, um sie einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Diese Entwicklung ist eine Folge des Kampfes um die territoriale Kontrolle, der in

vielen ländlichen Gebieten zwischen kriminellen Gruppen herrscht. Beteiligte Gruppen sind zum Beispiel die ELN (spanisch „Ejército de Liberación Nacional“), die FARC (spanisch „Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia“), abtrünnige FARC-Kämpfer, Guerillagruppen, Drogenbanden und andere kriminelle oder paramilitärische Gruppen. Sie kämpfen vor allem dort, wo es kürzlich politische Wahlen gegeben hat. Kriminelle Gruppen haben sich auch die durch die Covid-19-Pandemie bedingten Beschränkungen zunutze gemacht.

2. Trends und Entwicklungen

1) Die Coronakrise hat bestimmte soziale Bereiche stärker verwundbar gemacht

Die Instabilität des Gesundheitswesens und der Gesellschaft im Allgemeinen (hervorgerufen durch den Umgang der Regierung mit der Covid-19-Pandemie) hat insbesondere Gruppen und Personen getroffen, die ohnehin bereits gefährdet waren, wie etwa indigene Völker, Menschenrechtsaktivisten, Leiter (zivil-)gesellschaftlicher Gruppen, Migranten und Bürger mit niedrigem Einkommen. Infolgedessen sahen sie sich oftmals Kriminellen, die in einigen Gebieten des Landes die Kontrolle innehatten, schutzlos ausgeliefert. Wenn Christen zu Opfern von Verbrechen werden, erkennen die Behörden ihren Glauben meist nicht als Hauptgrund ihrer Verwundbarkeit an.

2) Die Realisierung des Friedensabkommens scheint keine Priorität zu haben – trotz der Zunahme von Gewalt

Ungeachtet des Lockdowns im Rahmen der Coronamaßnahmen haben Gewalt und Unsicherheit im Land zugenommen. Weil die Gesundheitsversorgung für die Regierung an oberster Stelle steht, wurde eine weitere Umsetzung des Friedensabkommens vernachlässigt. Gleichzeitig steigt die Dringlichkeit des Umsetzungsprozesses, denn kriminelle Gruppen können zunehmend ungestraft walten; sie vermochten ihre territoriale Kontrolle auszubauen und haben sich dabei die Coronakrise zunutze gemacht. Dies hat das Risiko erhöht, dass christliche Aktivitäten behindert werden, wo Guerillas und andere kriminelle Gruppen als einzige Autorität agieren.

3) Es gibt wenig Toleranz für öffentliche Äußerungen christlichen Glaubens

Auch wenn die Gesellschaft jegliche Art von öffentlichem Engagement kritisch beäugt, so erfahren doch vor allem christliche Gruppen Ablehnung – vor allem wenn gemeint wird, diese Gruppen stünden mit Regierungskreisen in Verbindung oder suchten eine bessere politische Repräsentation. Das hat sich auch in der Coronakrise nicht geändert, obwohl die Kirchen dabei einen großen Teil der humanitären Hilfe geleistet haben.

3. Religiöse Situation im Land

Die Verfassung aus dem Jahr 1991 garantiert die Religionsfreiheit. Sie besagt, dass jede Person das Recht hat, ihren eigenen Glauben individuell oder kollektiv zum Ausdruck zu

bringen (Artikel 19). Es gibt keine offizielle Staatsreligion. Alle religiösen Bekenntnisse sind vor dem Gesetz gleich. Dennoch unterhält der Staat einen Staatskirchenvertrag mit der Katholischen Kirche (Konkordat). Außerdem wurde mit dreizehn nichtkatholischen Gruppen ein Rechtsabkommen geschlossen (Dekret 354). Dieses Rechtsabkommen sieht unter anderem vor, dass Eheschließungen rechtsverbindlich anerkannt werden, und garantiert, dass für den Gottesdienst genutztes Eigentum nicht vom Staat beschlagnahmt werden kann.

Kirchen, die sich nicht den durch das Rechtsabkommen abgedeckten Kirchen anschließen, können die Anerkennung ihrer Rechtsstellung beantragen und sich in das öffentliche Register des Innenministeriums eintragen lassen. Dies ermöglicht ihnen, Gelder zu sammeln, Spenden zu erhalten, religiöse Bildungseinrichtungen zu gründen, geistliche Amtshandlungen auszuführen (mit Ausnahme gesetzlich eingetragener Eheschließungen) und Verträge zur Entwicklung von Sozial- und Bildungsprojekten zu schließen, zum Beispiel mit öffentlichen oder privaten Einrichtungen, Stiftungen oder nationalen beziehungsweise internationalen Organisationen. Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019, der im Auftrag des US-Außenministeriums erstellt wird, können in Kolumbien jedoch auch nichteingetragene Einrichtungen religiösen Aktivitäten nachgehen, ohne dafür unter Strafe gestellt zu werden; sie dürfen allerdings keine Gelder sammeln oder Spenden entgegennehmen. Dies bedeutet, dass solche nichteingetragenen Kirchen benachteiligt werden – sie kommen nicht in den Genuss derselben Vorteile, die anerkannten Kirchen gewährt werden.

Eine der herausragendsten Initiativen auf nationaler Ebene ist die „Umfassende Öffentliche Politik zur Religionsfreiheit und Ausübung von Religion“ von 2018. Sie nennt religiöse Einrichtungen strategische Verbündete bei der Mitgestaltung der Gesellschaft. Diese Initiative soll zudem garantieren, dass die individuellen und kollektiven Rechte religiöser Einrichtungen (einschließlich kirchlicher Organisationen und Christen) bei der Ausübung ihrer Aktivitäten geschützt werden.

Der Staat hat weiterhin anerkannt, dass der religiöse Bereich ein wichtiges Glied bei der Befriedung des Landes darstellt – er hat daher die aktive Beteiligung der Kirchen und religiösen Organisationen gefordert. Jedoch hat die bedeutende Rolle, die die Kirchen spielen, sie auch zusätzlich in Gefahr gebracht. Religiöse Leiter, die sich politisch oder sozial engagieren, werden häufig zur Zielscheibe von Angriffen. Trotz dieser öffentlichen Anerkennung des religiösen Bereichs gibt es nach wie vor eine allgemeine Ablehnungshaltung öffentlichen religiösen Äußerungen gegenüber, vor allem wenn diese von Amtsträger kommen, einschließlich des Präsidenten. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 haben Gerichte versucht, es Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen zu verbieten, persönliche Glaubensäußerungen in sozialen Netzwerken zu veröffentlichen. Die Gerichte waren der Überzeugung, dass dies für die Einhaltung des Prinzips der Trennung von Kirche und Staat notwendig sei. Es wurde auch ein Fall eines christlichen Richters bekannt, der der Tatsachenverdrehung beschuldigt wurde, weil er sich unter Berufung auf seine Überzeugungen geweigert hatte, zwei Frauen miteinander zu verheiraten.

Von Mitte März bis zum 15. Juli 2020 wurden im ganzen Land Kontaktbeschränkungen verhängt, um der Ausbreitung des Coronavirus entgegenzuwirken. Während der gesamten

Zeit wurden kirchliche Aktivitäten ausgesetzt, obwohl verschiedene Wirtschaftszweige ab Mitte April ihre Tätigkeit wieder aufnehmen konnten. Obwohl es die Regierung religiösen Leitern erlaubte hatte, sich frei zu bewegen, schränkten illegale bewaffnete Gruppen in ländlichen Gebieten diese staatlich erlaubte Bewegungsfreiheit wieder ein. Im September 2020 wurden als Reaktion auf das Gesetzesdekret 1168 alle katholischen Kirchen für Gottesdienste wiedereröffnet, ungeachtet des Corona-Infektionsgeschehens in den jeweiligen Verwaltungsbezirken. Aufgrund des Lockdowns waren viele Christen nicht in der Lage, seelsorgerische Betreuung zu erhalten. Angehörige konnten zeitweise ihre Toten nicht nach christlichem Ritus bestatten. Es sei erwähnt, dass einige Kirchen (hauptsächlich protestantische Freikirchen) sich weigerten, die verhängten Beschränkungen einzuhalten, und daher mit einer Geldstrafe belegt wurden.

In indigenen Gemeinschaften sehen sich Christen mit Widerstand konfrontiert, wenn sie die religiösen Praktiken und Bräuche ihrer ethnischen Gruppe ablehnen. Infolgedessen sehen indigene Anführer den christlichen Glauben als Unsicherheitsfaktor. Da es sich bei diesen Anführern aber um diejenigen handelt, die in ihren Gebieten Recht sprechen, wird die Religionsfreiheit indigener Völker von den lokalen (staatlichen) Behörden nicht gebührend garantiert, wenn es sich um eine Religion handelt, die von der Religion der indigenen Gemeinschaft abweicht. Wenn in einer indigenen Gemeinschaft synkretistische religiöse Bräuche praktiziert werden (wenn also römisch-katholische Riten mit angestammten und die Natur anbetenden Bräuchen verbunden werden) und wenn nun Christen indigener Herkunft sich weigern, an solchen Riten teilzunehmen, erfahren sie infolgedessen Feindseligkeit und Ablehnung.

4. Triebkräfte der Verfolgung

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der Korruptionswahrnehmungsindex 2019 platziert Kolumbien auf dem 96. Rang von 180, mit einer Punktzahl von 37/100 (0 = maximal korrupt und 100 = absolut integer). Trotz eines gewissen Fortschritts bei der Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC, kämpfen abtrünnige FARC-Rebellen, Mitglieder der ELN und andere Guerillagruppen um die Kontrolle ganzer Landesteile, um dort ihre illegalen Aktivitäten fortzuführen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 geschah das vor allem in Regionen, in denen kürzlich Wahlen abgehalten worden waren. Diese Umstände haben dazu geführt, dass christliche Leiter und Gruppen zu Opfern von systematischer Überwachung, von Entführungen, Drohungen, Erpressungen, Vertreibung und Morden werden; zudem werden christliche Gebäude angegriffen. Derartige Maßnahmen richten sich besonders gegen Personen, die sich gegen die Praktiken der organisierten bewaffneten Gruppen wenden, die Menschenrechte einfordern, zu Kämpfern und Zivilisten predigen, Gebetstage in besonders gewalttätigen Regionen durchführen und Jugendliche davon abhalten, den kriminellen Gruppen beizutreten.

Solche Gruppen rächen sich auch an früheren Mitgliedern, die aufgrund ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben das kriminelle Leben hinter sich gelassen haben. All das wird durch die herrschende Korruption und die Straffreiheit begünstigt, die aufgrund von Allianzen

zwischen den Guerillaführern und Behörden entstehen. Die Effektivität der Behörden wurde während des Lockdowns in der Covid-19-Pandemie weiter eingeschränkt, weil es in vielen Gebieten praktisch keine Polizei- oder Militärpräsenz gab. In einigen Gebieten haben Kriminelle vor Ort die Kontrolle übernommen. Sie zwangen christliche Leiter unter dem Vorwand der Infektionseindämmung dazu, Ein- und Ausgangspunkte ihres Gebiets zu bewachen. Kriminelle Gruppen verstärkten auch die Überwachung der Kirchen, um sicherzustellen, dass alles verboten wurde, was ihren Interessen schaden könnte; sie verstärkten zudem ihre Schikanen gegen Christen, die in ihren Augen Informanten der Polizei oder anderer rivalisierender krimineller Gruppen sind.

Während indigene Völker oft am stärksten vom organisierten Verbrechen betroffen sind, weil Drogenschmuggler und Guerillakämpfer häufig deren Gebiete für ihre Aktivitäten nutzen, schließen sich manche indigenen Anführer mit Gangmitgliedern zusammen, um Christen aus ihrer Gemeinschaft einzuschüchtern und dazu zu bringen, zu den synkretistischen Praktiken ihrer Gemeinschaft zurückkehren. Darüber hinaus ist das Ausmaß der Gewalt an solchen Orten sehr hoch, auch bedingt durch Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und kriminellen Gruppen oder aufgrund von Kämpfen krimineller Gruppen untereinander.

Unterdrückung durch den Clan/Stamm

In den indigenen Gemeinschaften ist Religion eine wichtige Komponente ihrer Kultur und ihrer Identität und bestimmt ihre Beziehungen zu anderen Menschen und selbst den Umgang mit natürlichen Ressourcen. Wie in den meisten indigenen Gemeinschaften Lateinamerikas besteht ihr Glauben zumeist aus synkretistischen Praktiken, die sie aus römisch-katholischen Riten entlehnt haben. Deshalb bezeichnen sie sich auch manchmal selbst als Katholiken. Indigene Anführer neigen zudem dazu, römisch-katholische Mitglieder eher zu dulden als Mitglieder, die einer anderen christlichen Denomination angehören. Gleichwohl bedarf es einer Erlaubnis der Anführer für jede Art von Predigt oder religiöser Aktivität. Alles, was den Bräuchen der ethnischen Gruppe entgegenläuft, wird bestraft.

Die Religion ist in diesen Gemeinschaften sehr präsent, bedingt durch den Einfluss der indigenen Weltanschauung auf das tägliche Leben, sowohl im privaten als auch im gesellschaftlichen Bereich. Deshalb wird die Einführung einer Idee oder eines Brauchs, der diesen uralten Glaubensvorstellungen widerspricht, als Bedrohung aufgefasst. Jeder, der diese Glaubensvorstellungen aufgibt und dies bekannt gibt, wird von den örtlichen Behörden und dem größten Teil der Gemeinschaft bestraft. Besonders bestraft werden diejenigen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden. Unter Umständen werden auch ihre Familien bestraft. Die Strafen reichen von Inhaftierung, körperlicher Misshandlung oder Ausschluss von der Grundversorgung bis zu Beschlagnahme von Besitz. In dieser Situation Schutz von der Regierung zu erhalten, ist durch die Coronakrise weiter erschwert worden. Die Pandemie hat die Autonomie und Macht lokaler indigener Anführer noch gestärkt. Christen indigener Herkunft sehen sich aufgrund ihres Glaubens heftigem Widerstand ausgesetzt und hatten nicht die Möglichkeit, ihre Gemeinschaft zu verlassen, ohne ihre Landrechte zu verlieren.

Säkulare Intoleranz

Der religiöse Bereich wird als wichtiges unterstützendes Element bei der Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC gesehen; dieser Bereich leistete zudem soziale und humanitäre Hilfe während der Coronakrise. Und trotzdem gibt es Gründe, warum Christen verbalen Angriffen, gesellschaftlichen Feindseligkeiten und Diskriminierung ausgesetzt sind. Wenn es um Themen wie Abtreibung, Gender-Orientierung, gleichgeschlechtliche Ehe oder Adoption, Gewissensfreiheit oder die Teilnahme von Christen am öffentlichen Leben geht, werden christliche oder auf dem Glauben basierende Meinungen angefeindet. Angriffe erfolgen besonders dann, wenn die Meinungen von Christen den Forderungen von Interessenverbänden wie der LGBTI-Bewegung und radikalen feministischen Bewegungen widersprechen.

Zudem gibt es Versuche, religiöse Intoleranz zu legitimieren, wenn sie sich gegen diejenigen wendet, die in der Ausübung ihrer Funktion in privaten oder staatlichen Institutionen ihren Glauben öffentlich zum Ausdruck bringen. Dieser Widerstand beruht auf einem sehr strengen Verständnis des staatlichen Säkularismus und des Rechts auf Antidiskriminierung. Zum Beispiel wurden Christen, die bei einer Gemeinde oder Kirche angestellt sind, unter beträchtlichen Druck gesetzt, weil sie von ihrem Recht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch machen wollten. Es gibt außerdem das Bestreben, alle Beamten aus öffentlichen Ämtern zu entfernen, die offen für ihren Glauben oder ihre Zugehörigkeit zu einer Kirche eintreten. Infolgedessen hat die Teilhabe von Christen am politischen Leben des Landes abgenommen. Christen, die nicht für Abtreibung sind oder nicht den Forderungen von LGBTI-Gruppen entsprechen wollen, werden der Intoleranz bezichtigt.

5. Verfolger

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Korruption

- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Es gibt eine starke Verbindung zwischen kriminellen Kartellen und revolutionären beziehungsweise paramilitärischen Gruppen: Sie agieren größtenteils in ländlichen Gegenden, wo der Staat kaum präsent ist, und ihre Gründe, Christen ins Visier zu nehmen, sind sehr ähnlich. Gruppen wie „Los Rastrojos“, „Los Paisas“, „Los Urabeños“ oder „Clan del Golfo“, „Caparrapos“, „Los Costeños“, „Black Eagles“, „Comandos de la Frontera“, „La Constru“ und viele andere kämpfen gegeneinander um die Gebietskontrolle. Sie greifen Christen und christliche Organisationen an wegen deren Aktivitäten zur Förderung des Friedens und der Menschenrechte indigener Völker sowie wegen ihrer Hilfe gegen Drogenabhängigkeit. In jüngster Zeit sind Christen zur Zielscheibe geworden, wenn sie versuchen, humanitäre Hilfe für die schwächsten Teile der Gesellschaft zu leisten. Christen stellen eine Bedrohung für die Interessen krimineller Netzwerke dar, insbesondere wenn sie sich den Befehlen der kriminellen Gruppen widersetzen.
- **Regierungsbeamte:** Einige Behörden erlauben direkt oder indirekt kriminelle Aktivitäten gegen christliche Leiter und Kirchen in Gegenden unter der Kontrolle der Gangs. Sowohl die Behörden als auch die Kriminellen können in diesen Fällen straffrei

agieren, insbesondere weil einige Behörden mit den Drogenkartellen und anderen Gruppen des organisierten Verbrechens zusammenarbeiten. Die Gleichgültigkeit der Behörden gegenüber den Feindseligkeiten, denen Christen in diesem Zusammenhang ausgesetzt sind, wird von den christlichen Leitern oft angeprangert. Doch die Angst vor Repressalien ist wegen der hohen Korruption im Land allgegenwärtig.

- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Diese Gruppen, wie etwa abtrünnige Kämpfer der FARC, die ELN oder die AUC (spanisch „Autodefensas Unidas de Colombia“), beobachten die kirchlichen Aktivitäten genau und legen ihnen Beschränkungen auf. Sie bedrohen, vertreiben und greifen Christen an, weil sie das FARC-Friedensabkommen befürworten, sich für Menschenrechte oder gegen Gewalt einsetzen, Vertriebene und Landrückgabeansprüche unterstützen, den Kokaanbau zu verhindern suchen und materielle und geistliche Hilfe während der Coronakrise leisten. Sie beschuldigen Christen des Verrats, sofern man sie mit der Regierung oder anderen kriminellen Gruppen in Verbindung bringt; und sie sind sehr daran interessiert, das Wachstum der örtlichen Gemeinden zu verhindern.
- **Politische Parteien:** Die Vertuschung von Aktivitäten krimineller Gruppen wird durch Korruption in den Reihen der Politiker gefördert. Ihre Entscheidungen begünstigen die Straffreiheit, die es Kartellen des organisierten Verbrechens ermöglicht, mit ihren illegalen Aktivitäten fortzufahren und Gewalt gegen Christen in den am meisten vernachlässigten Gegenden des Landes auszuüben. Bei den letzten Kommunalwahlen war die Korruption offensichtlich so hoch, dass es kriminellen Gruppen gelang, ihre gewalttätigen Aktionen als eine Form der Unterstützung einer politischen Partei zu rechtfertigen – sie setzten Gewalt und Einschüchterung ein, um christliche Wähler umzustimmen und Parteiziele zu erreichen.

Ausgehend von Unterdrückung durch den Clan/Stamm

- **Anführer ethnischer Gruppen:** Diese Anführer bleiben meist dem Glauben ihrer Ahnen treu und bekämpfen jeden, der den christlichen Glauben in ihren Stämmen verbreitet. Sie schränken zudem jeden Einfluss christlicher Denominationen ein, die sie als für ihre Gemeinschaft nicht annehmbar empfinden. Solche Einschränkungen erfolgen in Form von ständiger Überwachung, Kürzung der Grundversorgung, Verhaftungen, Drohungen, Gewalt oder Denunzierung von Christen bei den örtlichen Behörden der ethnischen Gruppe (die nationalen Behörden tun hier nichts, da die indigenen Völker im Land weitgehend Autonomie besitzen).
- **Nichtchristliche religiöse Leiter:** Schamanismus, ethnisch-religiöse und ähnliche Kulte sind zwar nicht strikt als Religionen zu verstehen, doch sind sie Ausdruck einer bestimmten Art von „Spiritualität“, welche den christlichen Glauben ablehnt. Ihre Anhänger versuchen in den indigenen Gemeinschaften, christliche Aktivitäten zu behindern und die Christen zu zwingen, an den angestammten Zeremonien ihrer Vorfahren teilzunehmen. Der Druck nahm während der Coronakrise und des Lockdowns noch zu, da dadurch viele Christen indigener Herkunft von der Außenwelt abgeschnitten und so den indigenen Behörden fast schutzlos ausgeliefert waren.
- **Die eigene (Groß-)Familie:** Auch vonseiten der Familie wird erwartet, dass der Zugehörigkeit zur indigenen Gemeinschaft die höchste Priorität eingeräumt wird. Daher kann jede Person, die den christlichen Glauben annimmt und sich deshalb von

den religiösen Praktiken der Gemeinschaft abwendet, als Verräter gebrandmarkt werden und der Ablehnung der Großfamilie gegenüberstehen. Das brachte viele Konvertiten, Christen indigener Herkunft, während der Coronamaßnahmen in eine besondere Notlage.

- **Gewöhnliche Bürger:** Mitglieder indigener Gemeinschaften müssen ihrem Stamm und den Gebräuchen treu sein. Daher sind sie verpflichtet, alle Praktiken abzulehnen, die die Stabilität der Gemeinschaft gefährden, Aktivitäten von christlichen Konvertiten eingeschlossen.
- **Regierungsbeamte:** Die Behörden haben Anteil an der Verfolgung, indem sie Diskriminierung und Gewalt gegen Christen, die sich weigern, den synkretistischen Praktiken ihrer indigenen Gemeinschaft zu folgen, erlauben oder ignorieren. Die Behörden betrachten christliche Leiter als Feinde der kulturellen Identität der jeweiligen ethnischen Gruppe und infolgedessen als Bedrohung für die Erhaltung der indigenen Bräuche.
- **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen:** Obwohl ethnische Gruppen zuweilen auch Opfer paramilitärischer Gruppen sind, gibt es dennoch Situationen, in denen sich Guerillas mit indigenen Anführern zusammengetan haben, um die zu schikanieren, die sich dem christlichen Glauben zugewandt haben. Diese Allianz zielt darauf ab, die Interessen der Anführer ethnischer Gruppen zu verteidigen – und darauf, meist mit gewaltsamen Mitteln, Christen indigener Herkunft zu zwingen, ihren neuen Glauben nicht mehr in der Gemeinschaft auszuüben.
- **Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens:** Kartelle des organisierten Verbrechens handeln gelegentlich als Komplizen der indigenen Führer, um Christen indigener Herkunft in ihren Gemeinschaften einzuschüchtern. Die Zusammenarbeit hat das Ziel, die Interessen der Anführer ethnischer Gruppen zu verteidigen und Christen indigener Herkunft daran zu hindern, ihren neuen Glauben in der Gemeinschaft zu verbreiten.

Ausgehend von Säkularer Intoleranz

- **Ideologische Interessengruppen:** Durch den Einfluss von (radikalen) feministischen und LGBTI-Gruppen werden, anstatt Pluralität zuzulassen, christliche Meinungen in der Öffentlichkeit entweder nicht akzeptiert oder auf ein absolutes Minimum beschränkt. Diese Gruppen belästigen, zensieren und verhöhnen Christen, wenn sie öffentlich christliche Standpunkte vertreten, die den Interessen dieser Gruppen widersprechen. Dies geschieht vor allem dann, wenn es Amtsträger sind, die ihre christlichen Überzeugungen öffentlich verteidigen oder sich weigern, Handlungen in Bezug auf Gender-Fragen oder Abtreibung vorzunehmen, und sich dabei auf Gewissensgründe berufen. Außerdem gab es gewaltsame Demonstrationen vor Kirchen, mit denen sie ihre Ablehnung dem christlichen Standpunkt gegenüber, das ungeborene Leben zu schützen, zum Ausdruck gebracht haben. Diese Gruppen drängen mit Nachdruck auf eine Politik, welche die Rolle der Kirche im öffentlichen Raum schmälert und welche Inhalte in den Schullehrplänen verankert, die die Rechte christlicher Eltern hinsichtlich der Erziehung ihrer eigenen Kinder außer Kraft setzen.
- **Regierungsbeamte:** Die Behörden sind dafür bekannt, sich für die Verbreitung der Standpunkte von radikalen Gruppen einzusetzen (z. B. radikaler feministischer,

säkularistischer oder LGBTI-Gruppen), sich aber gegen die Ansichten von christlichen Leitern, Eltern und denjenigen zu wehren, die ihrer Meinung widersprechen. Christen sind im Nachteil, wenn sie ihre glaubensbedingten Ansichten zum Ausdruck bringen, da die Justizbehörden dazu tendieren, im Bereich der Meinungsfreiheit Christen weniger Schutz zu gewähren als anderen Gruppen.

- **Politische Parteien:** Politische Parteien wie die PDA (deutsch „Demokratische Alternative Achse“), die PCC (deutsch „Kolumbianische Liberale Partei“), „Alianza Verde“ (deutsch „Grünes Bündnis“) oder „Colombia Humana“ (deutsch „Menschliches Kolumbien“) behindern Initiativen von christlichen Politikern oder solchen, die durch christliche Gruppen unterstützt werden. Sie kritisieren die persönlichen Glaubensäußerungen von Politikern heftig und fordern einen Staat ohne Beteiligung der Christen im politischen Bereich. Sie fördern Antidiskriminierung und Anti-Hass-Initiativen, was jedoch die freie Meinungsäußerung von christlichen Bürgern untergraben könnte.
- **Gewöhnliche Bürger:** Die Intoleranz gegenüber christlichen Werten und Ansichten scheint in der Öffentlichkeit zu wachsen. Viele Bürger lehnen eine Beteiligung von Christen in der Öffentlichkeit ab. Viele machen sie lächerlich, beleidigen und diskreditieren Christen, vor allem am Arbeitsplatz.

6. Regionale Brennpunkte der Verfolgung

Brennpunkte für organisiertes Verbrechen und Korruption

Gemäß den Daten von Organisationen wie PARES (deutsch „Stiftung für Frieden und Versöhnung“) oder JUSTAPAZ und den Berichten von Forschern von Open Doors erleben Christen in den folgenden Verwaltungsbezirken ein hohes Maß an Druck und Gewalt durch kriminelle Organisationen und illegale bewaffnete Gruppen: Antioquia, Arauca, Caquetá, Casanare, Cauca, Chocó, Córdoba, Guaviare, Meta, Nariño, Norte de Santander, Putumayo und Valle del Cauca.

Brennpunkte für Unterdrückung durch den Clan/Stamm

Vor allem in den indigenen Gemeinschaften, die sehr streng ihren angestammten Bräuchen folgen und in denen es folglich eine geringere Akzeptanz gegenüber anderen (christlichen beziehungsweise von den Bräuchen ihrer Ethnie abweichende) Riten gibt, erfahren diejenigen Verfolgung, die die religiösen Praktiken des Stammes aufgeben. In Kolumbien gibt es 115 indigene Gruppen, von denen 22 erst bei der jüngsten Volkszählung im Jahr 2018 erfasst wurden. Diese indigenen Völker sind in allen 32 Verwaltungsbezirken im Land beheimatet. Nach Angaben von Forschern von Open Doors erfahren Christen indigener Herkunft am stärksten Diskriminierung, Ablehnung und Gewalt in den Verwaltungsbezirken Cauca, Cesar, Chocó, Magdalena und Norte de Santander.

Brennpunkte für säkulare Intoleranz

Diese Art der Verfolgung hängt mit der Umsetzung öffentlicher Vorschriften der Regierung und mit gesellschaftlichen Einstellungen zusammen, die durch intolerante Gruppierungen

mit extremen antireligiösen Ideologien gefördert werden. So ist sie überall im Land vorzufinden, besonders in den städtischen Verwaltungsbezirken wie Bogotá, Antioquia, Caldas, Risaralda, Quindío, Nariño, Valle del Cauca, Boyacá, Santander, Cundinamarca, Tolima und Huila.

7. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden nicht in die Isolation gedrängt, daher werden sie bei den Analysen zum Weltverfolgungsindex nicht als eine separate Kategorie betrachtet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Unter diese Kategorie fallen zumeist römisch-katholische Kirchen und kleine orthodoxe sowie evangelische Gemeinschaften. In Regionen, die von Drogenkartellen und anderen organisierten Kriminellen kontrolliert werden, stehen sie in der Gefahr angegriffen zu werden. Sie haben außerdem mit dem wachsenden Säkularismus und der religiösen Intoleranz der Gesellschaft zu kämpfen. Hinzu kommen die Risiken und Hindernisse, die mit der Gemeindefarbeit in indigenen Gemeinschaften einhergehen (von denen besonders evangelische Christen betroffen sind). In Einzelfällen erfahren evangelische Christen auch die Zurückweisung anderer traditioneller Kirchen, wie etwa der Katholischen Kirche.

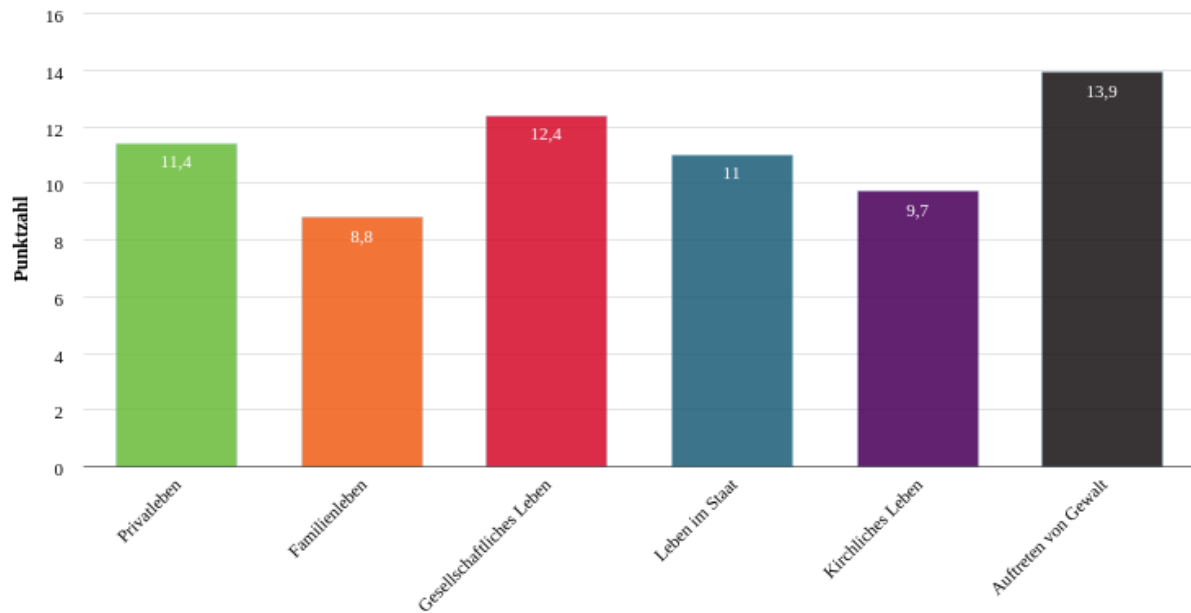
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Dazu gehören Christen, die sich von einer Denomination ab- und einer anderen zuwenden, Christen, die einer indigenen Gemeinschaft entstammen, oder Christen, die früher einer Guerillagruppe oder kriminellen Organisation angehörten. Besonders Christen indigener Herkunft werden belästigt, vertrieben, erhalten Todesdrohungen und erleiden körperliche und seelische Formen von Gewalt, weil sie das Glaubenssystem ihres Stammes verlassen haben. Die Aktivitäten krimineller Netzwerke betreffen sie ebenso wie die Christen aus den traditionellen Kirchen oder protestantischen Freikirchen, vor allem wenn sie ehemalige Mitglieder krimineller Gruppierungen sind.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Dazu gehören zumeist Christen aus evangelikalen, baptistischen und Pfingstgemeinden. Der Druck, den Guerillakämpfer und kriminelle Netzwerke ausüben, bekommen sie ebenso zu spüren wie Christen aus den traditionellen Kirchen. Obwohl die Regierung erkannt hat, dass diese Christen in den benachteiligten Regionen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung des Friedensabkommens spielen, gewährt sie den protestantischen Freikirchen nicht die gleichen Vergünstigungen wie den traditionellen Kirchen des Landes und solchen, die ein Rechtsabkommen mit dem Staat geschlossen haben. Darüber hinaus sehen sich diese Christen mit heftigem Widerstand radikaler feministischer und säkularistischer Gruppen konfrontiert, wenn sie politisch aktiv sind.

8. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kolumbien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Kolumbien bleibt hoch und stieg von 9,4 Punkten beim Weltverfolgungsindex 2020 auf 10,7 Punkte im Jahr 2021. Dieser Anstieg ist vor allem auf den erhöhten Druck zurückzuführen, der vonseiten krimineller und ethnischer Gruppen auf Christen in weiten Teilen der ländlichen Gebiete Kolumbiens ausgeübt wird.
- Die Wertung zeigt in allen Lebensbereichen ein hohes Ausmaß von Verfolgung. Sie liegt in jedem Bereich bei 8,8 oder mehr Punkten (von maximal erreichbaren 16,7 Punkten). Am stärksten ist der Druck im Bereich des gesellschaftlichen Lebens (12,4 Punkte).
- Der Wert für Auftreten von Gewalt hat extremes Ausmaß, auch wenn er gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2020 von damals 15,0 auf nun 13,9 Punkte gesunken ist. Zum Weltverfolgungsindex 2020 wurde noch in großer Zahl berichtet, dass Christen gezwungen wurden, ihr Land wegen ihres Glaubens zu verlassen. Aufgrund der Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie gab es darüber keine entsprechenden Berichte.

Zu jedem untersuchten Lebensbereich sind im Folgenden vier der jeweils am höchsten bewerteten Fragen des Fragebogens, der zur Erstellung des Weltverfolgungsindex ausgefüllt wird, sowie Erkenntnisse aus deren Beantwortung angeführt. Den vollständigen Fragebogen finden Sie unter: www.opendoors.de/methodik

Privatleben

War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch auf Blogs oder Facebook etc.)?

Die Gefahren für Christen nehmen ganz unterschiedliche Gestalt an. Im Kontext des organisierten Verbrechens ist es für jeden im höchsten Maße gefährlich, zum Frieden aufzurufen oder sich nicht an kriminellen Aktivitäten zu beteiligen. Jede Art von öffentlicher Kommunikation oder Publikation wird von kriminellen Gruppen überwacht und leicht ausfindig gemacht. Diese Überwachung wurde im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 noch verschärft, da während des coronabedingten Lockdowns mehr Menschen soziale Netzwerke genutzt haben – und dabei ihre Meinungen zur Gewalt im Land beziehungsweise ihre Ablehnung den kriminellen Gruppen gegenüber kundtaten.

Im Berichtszeitraum war die Nutzung des Internets die effektivste Art, mit der Außenwelt in Kontakt zu treten. Es war nicht ungewöhnlich, dass diejenigen, die ihren christlichen Glauben zum Ausdruck brachten – sei es durch Facebook oder andere soziale Medien – heftig kritisiert und angegriffen wurden: insbesondere in Bezug auf Fragen der Ehe und Familie, des ungeborenen Lebens und der Religionsfreiheit.

War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen?

Sich mit Glaubensgeschwistern zu treffen, ist für Christen besonders in den indigenen Gemeinschaften und in Gebieten gefährlich, die von kriminellen Gruppen kontrolliert werden. Wenn sich Christen doch treffen, wird ihnen schnell vorgeworfen, sich gegen ethnische oder kriminelle Anführer zu verschwören oder nicht den Normen der Gemeinschaft zu entsprechen, zum Beispiel aufgrund ihrer Abkehr von synkretistischen Praktiken oder der Nichteinhaltung von Ausgangssperren oder anderen Regeln der Gangs. Das gilt für alle Treffen mit anderen Christen, selbst wenn es sich nicht um gottesdienstliche Treffen handelt.

Aufgrund der Covid-19-Pandemie haben die Kontrolle und Überwachung in ländlichen Gebieten zugenommen (insbesondere in den Verwaltungsbezirken Antioquia, Chocó, Córdoba, Santander, Nariño, Cauca, Arauca, Valle del Cauca, Sucre, Meta, Putumayo, Boyacá, Bolívar, Atlántico, Casanare, Caquetá und Guaviare). Dadurch wurde der Kontakt zwischen Christen noch erschwert.

War es riskant für Christen, auf christliche Radiostationen, TV-Sender oder christliches Material im Internet zuzugreifen?

In indigenen Gemeinschaften ist es schwierig, Zugang zu christlichen Medien zu erhalten. Sollte dies doch möglich sein, und ein Christ indigener Herkunft nutzt die Gelegenheit, um

den christlichen Glauben weiterzugeben, folgen Strafen, da er andere Mitglieder der indigenen Gemeinschaft beeinflussen könnte, sich ebenfalls dem christlichen Glauben zuzuwenden.

In von kriminellen Gruppen kontrollierten Gegenden wird der Zugriff auf christliches Material und seine Benutzung bestraft. Es wird befürchtet, dass durch das christliche Material die Interessen dieser Gruppen tangiert werden, etwa weil es ihre illegalen Aktivitäten anprangert oder sich Gruppenmitglieder aufgrund des Materials zum christlichen Glauben wenden. Christliche Inhalte werden oftmals als für kriminelle Gruppen gefährlich angesehen, insbesondere Bücher, die Jesus als Lösung für das Gewaltproblem darstellen.

War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)?

In der Weltanschauung indigener Gemeinschaften steht das Konzept der Treue zur Volkszugehörigkeit über den familiären Bindungen. Daher wird ein Familienmitglied, das sich dem christlichen Glauben zuwendet oder einer Kirche von Christen indigener Herkunft angehört, von der Großfamilie abgelehnt. Das geschieht auch in Gebieten, die von kriminellen Gruppen dominiert werden, insbesondere wenn sich der Glaube eines Familienmitglieds eindeutig gegen die kriminellen Machenschaften von örtlichen Gruppen richtet.

Außerdem gab es im Berichtszeitraum Fälle, bei denen die römisch-katholische Großfamilie den neuen protestantischen Glauben eines Familienmitglieds nicht akzeptiert hat. Diese Ablehnung zeigte sich sogar dann, als einige Familienmitglieder nur zu einem virtuellen Gottesdienst eingeladen wurden. In einigen Fällen polarisierte sich die Situation so sehr, dass es zu Gewaltandrohungen kam.

Familienleben

Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen?

Um jeglicher „Destabilisierung der indigenen Identität“ vorzubeugen, setzen Stammesführer Christen indigener Herkunft mit Drohungen unter Druck, ihren Glauben nicht an ihre Kinder weiterzugeben. Hin und wieder veranlassen sie, dass Kinder christlicher Eltern von anderen Familienangehörigen oder Stammesmitgliedern aufgezogen werden, die die Bräuche des Stammes (einschließlich Hexerei, Zauberei oder Schamanismus) befolgen. So soll sichergestellt werden, dass die Traditionen der Vorfahren beibehalten werden. In den Gegenden, die von kriminellen Netzwerken kontrolliert werden, können christliche Eltern kaum verhindern, dass ihre Kinder von der ELN und Abtrünnigen der FARC indoktriniert werden, da jedwede Gegenwehr zu ihrer Ermordung oder zur Vertreibung von ihrem Land und ihrer Heimat führen würde. Das Ziel dieser Gruppen ist es, die Jugend zu beeinflussen, sodass eine kriminelle Einstellung fest in der Gesellschaft verankert wird. Die Zwangsrekrutierung von Kindern nahm während der Coronakrise merklich zu.

Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen?

In indigenen Stämmen ist die Schulbildung ein Bereich, in dem Christen indigener Herkunft Druck erfahren. Seit der Bildungsgesetzgebung von 1994 wurde den lokalen indigenen Autoritäten die autonome Verwaltung ihrer Bildungseinrichtungen gewährt. Diese legen einen Schwerpunkt auf die ethnische Bildung, die nun offen und rechtens ihre animistische Weltanschauung fördert. Indigene Bildung zielt darauf ab, die kulturelle Identität der ethnischen Gruppe zu bewahren. In diesem Kontext wird der Glaube der Gemeinschaft unterrichtet, auch wenn dieser klar christenfeindlich ist und den religiösen Überzeugungen der christlichen Kinder und ihrer Eltern widerspricht. Christliche Familien indigener Herkunft leiden unter dieser Situation und entscheiden sich häufig, ihre Kinder von der Schule zu nehmen; die Zukunftsperspektiven der Kinder schränkt dies deutlich ein. Solche Eltern könnten außerdem gerichtlich belangt werden, was zur Folge haben könnte, dass sie vorübergehend oder dauerhaft das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren.

In anderen Teilen Kolumbiens steht der öffentliche Lehrplan unter beträchtlichem säkularistischem Einfluss und vermittelt Einstellungen, die religiöse Ansichten als diskriminierend und intolerant betrachten. Zudem bieten staatliche Schulen nicht immer alternativen Religionsunterricht für diejenigen Christen an, die nicht katholisch sind.

Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?

Kinder von Christen indigener Herkunft werden unter Druck gesetzt, nicht dem Glauben ihrer Eltern zu folgen. Manchmal werden diese Kinder von den Aktivitäten der Gemeinschaft ausgeschlossen, sie werden verspottet oder misshandelt, um zu verhindern, dass sie ihren christlichen Einfluss verbreiten. Das verhindert einerseits weitere mögliche Glaubenswechsel, andererseits setzt es die Eltern unter Druck, ihrem christlichen Glauben abzuschwören. In Gegenden, in denen kriminelle Netzwerke agieren, ist es üblich, dass Kinder schon früh von den Guerillas rekrutiert werden, besonders Kinder christlicher Familien. Dies geschieht, um Familien dazu zu zwingen, ihre christlichen Aktivitäten und ihren Widerstand gegen die lokalen kriminellen „Autoritäten“ aufzugeben.

Andernorts in Kolumbien (besonders in den städtischen Regionen) werden durch die wachsende Intoleranz der Gesellschaft gegenüber dem christlichen Glauben manche Kinder christlicher Eltern kritisiert oder verspottet. Der christliche Glaube gilt als radikal. Für Unverständnis sorgt auch, wenn christliche Kinder es ablehnen, an säkularen Feierlichkeiten oder an Aktivitäten zur Unterstützung von ideologischen Interessengruppen teilzunehmen. Manche Kinder aus christlichen Familien, die zu bestimmten Denominationen gehören, erfahren Mobbing wegen der Kleidung, die sie tragen. In ländlichen Gebieten (beispielsweise in Nariño) gibt es Fälle, in denen nichtkatholische Kinder diskriminiert werden; sie erhalten schlechtere Noten, als sie verdienen, weil sie einer anderen christlichen Konfession als der katholischen angehören.

Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?

Christen indigener Herkunft, die aus ihrer Stammesgemeinschaften ausgeschlossen wurden, werden zur Trennung von ihren Familien gezwungen (das heißt von ihren Frauen und Kindern). Dies ist eine Bestrafung dafür, dass sie sich geweigert haben, ihren Glauben aufzugeben. Wie oben erwähnt gibt es auch Fälle, in denen Kinder von ihren eigenen Familien getrennt werden, um zu verhindern, dass sie als Christen erzogen werden. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 gab es Fälle, bei denen es Anführer ethnischer Gruppen einigen Christen indigener Herkunft untersagten, in ihre Gemeinschaften zurückzukehren, obwohl der durch Corona bedingte Lockdown beendet worden war. Sie argumentierten, Christen könnten die Covid-19-Krankheit verbreiten. So begründeten sie die gewaltsame Trennung christlicher Familien.

Gleichzeitig nimmt insgesamt die Zahl der Binnenflüchtlinge zu, bedingt durch die Gewalt in den Gegenden, die von kriminellen Gruppen und Guerillakämpfern kontrolliert werden. In den Gebieten, die von kriminellen Gruppen dominiert werden, entscheiden die Autoritäten, wer in ihrer Zone leben darf; infolgedessen wurden viele Christen gezwungen, ihre Häuser und Familien zu verlassen. Auch mussten einige Christen ihre Häuser verlassen, um einer Zwangsrekrutierung ihrer Kinder durch die kriminellen Gruppen zu entgehen. Dies war besonders während der Reisebeschränkungen schwierig, die während der Coronakrise verhängt wurden. Außerdem hat der Druck, christenfeindlichen Aktivitäten und Ritualen nachzukommen, einige christliche Eltern dazu veranlasst, sich von ihren Kindern zu trennen und sie zu Verwandten zu schicken, bei denen es mehr Freiheiten für Christen gibt.

Gesellschaftliches Leben

Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z. B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?

Indigene Gemeinschaften nutzen oft ein System von Strafzahlungen (entweder Geld oder Ernteprodukte). Diese legen sie protestantischen Christen auf, wenn sie sich aufgrund ihres Glaubens weigern, an Riten oder Feierlichkeiten der Gemeinschaft mitzuwirken – zum Beispiel Ahnentraditionen oder bestimmte katholische Feste, die ihrem Glauben widersprechen. Manchmal, wenn ethnische Gruppen mit Kriminellen zusammenarbeiten, fallen die Strafen oder Schutzgelder für Christen indigener Herkunft wesentlich höher aus. Allgemeiner gesprochen, fordern kriminelle Gruppen ein Schutzgeld von Pastoren, Priestern und anderen Christen, damit sie im Gegenzug auf Gewalt gegen sie verzichten und ihnen erlauben, einige ihrer religiösen Aktivitäten fortzusetzen. Dieses Problem verschlimmert sich, wenn das Territorium von verschiedenen Gruppen umkämpft wird und die von kriminellen Gruppen verlangten Gebühren gelegentlich auch die Rekrutierung ihrer Kinder einschließen. Besonders betroffen sind die Regionen Cauca, Chocó, Antioquia, Meta, Putumayo, Huila, Caqueta, Magdalena, Tolima, Norte de Santander, Guaviare, Nariño, Valle del Cauca und Bolívar.

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2021 verschärfte sich diese Situation aufgrund der im Land verhängten Coronamaßnahmen und der von kriminellen Gruppen

ausgeübten Gewalt. Christen mussten hohe Gebühren zahlen, um Hilfspakete in der Gemeinde verteilen, Gottesdienste feiern und andere kirchliche Aktivitäten abhalten zu dürfen.

Dies war wiederum in Gebieten schwieriger, um die es territoriale Streitigkeiten zwischen rivalisierenden kriminellen Gruppen gibt; dort erheben alle Gruppen Gebühren zur Finanzierung ihrer illegalen Aktivitäten oder sie waren sich einig darin, dass überhaupt keine Art der Verteilung von Hilfsgütern zuzulassen wäre.

Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Um christliche Aktivitäten einzuschränken, bedienen sich Anführer ethnischer Gruppen Überwachungs- und Kontrollmechanismen innerhalb der indigenen Gemeinschaften. Daher sehen sich Christen indigener Herkunft ständigen Verhören ausgesetzt, wenn sie sich weigern, an Gemeinschaftsaktivitäten teilzunehmen, seien dies Zahlungen oder Rituale. Diese Art von Einschüchterung nahm während des coronabedingten Lockdowns zu.

Oft funktionieren kriminelle Gruppen als De-facto-Behörden in Gegenden, in denen der Staat kaum präsent ist. In dieser Funktion führten diese kriminellen Gruppen Verhöre durch; sie versuchten Christen zu zwingen, sie über ihre christlichen Aktivitäten zu informieren, mögliche Bündnisse mit ihnen zu schmieden und Informationen über Bewegungen anderer Gruppen einzuholen, einschließlich der Sicherheitskräfte.

Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z. B. sauberes Trinkwasser)?

In einigen indigenen Gemeinschaften werden Christen indigener Herkunft von der Grundversorgung wie dem Zugang zu Frischwasser oder der Gesundheitsfürsorge oder finanzieller Unterstützung ausgeschlossen. Damit sollen sie dazu gebracht werden, ihre Aktivitäten einzustellen. Der mangelnde Zugang zu Trinkwasser ist für mehrere indigene christliche Gemeinschaften der Volksgruppe der Paez (auch genannt „Nasa“) in den Verwaltungsbezirken Cauca und Huila nach wie vor ein Problem. Vier Gemeinschaften in El Tablón, Eden, Sanaan und La Guinea teilen dieses Problem. Die Situation verschärfte sich, weil sie im Zusammenhang mit dem Lockdown nicht mehr zu den Nachbargemeinschaften gehen und um Trinkwasser bitten konnten.

In anderen Gebieten Kolumbiens verhindern kriminelle Gruppen, dass Christen staatliche oder humanitäre Hilfen erlangen, die andere Akteure der Zivilgesellschaft bereitstellen. Christen werden zudem bezichtigt, Informanten zu sein: In dem weitläufigen Gebiet von Darién in den Verwaltungsbezirken Chocó und Antioquia machten kriminelle Gruppen Christen direkt dafür verantwortlich, bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln (wie Fisch oder Getreide) Informationen an andere Gruppen preiszugeben. Kriminelle Gruppen wollen sicherstellen, dass christliche Leiter oder die christlichen Gemeinden selbst ihrer Autorität ergeben bleiben und drohen ihnen mit Angriff, Entführung oder Tod, sollten sie sich nicht gefügig zeigen.

Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?

Angesichts der Bedeutung des Gemeinschaftslebens innerhalb der ethnischen Gruppe wird von den Christen erwartet, dass sie an den gemeinschaftlichen Veranstaltungen und religiösen Festen in den indigenen Gemeinschaften teilnehmen. Falls sie dies nicht tun, werden sie als Verräter gebrandmarkt und erhalten Strafen wie Inhaftierung, Zwangsarbeit, Isolation oder Vertreibung. Sie werden zudem auch für Unglücksereignisse in der Gemeinschaft verantwortlich gemacht, weil sie nicht an den Ritualen teilnehmen. Es gibt Hinweise darauf, dass in einigen Stammesgebieten indigene Behörden sich mit illegalen bewaffneten Gruppen verbünden, um die volle Teilnahme an zeremoniellen Aktivitäten sicherzustellen. Wer sich zum Zeitpunkt des Lockdowns, als die inländischen Grenzen geschlossen wurden, außerhalb der indigenen Gemeinschaft befand, wurde an der Wiedereinreise gehindert; es sei denn, er unterzog sich einem animistischen Reinigungsritual, ganz gleich, ob dies seinem (christlichen) Glauben zuwiderlief oder nicht.

Kriminelle Gruppen halten zwar keine religiösen Zeremonien ab oder organisieren gemeinschaftliche Veranstaltungen, jedoch haben die Anführer solcher Gruppen während des Lockdowns die Gemeinschaften aufgefordert, immer wieder „neue Regeln“ durchzusetzen, um die Isolation aufrechtzuerhalten. Sie forderten außerdem die Gemeinschaften auf, Ankündigungen zu machen, mit denen sie Gewalt, Korruption und Drogenhandel fördern und gegen christliche Werte angehen wollten. An anderen Orten in Kolumbien wurden christliche Arbeitnehmer dazu gezwungen, an Aktivitäten ihrer Firmen teilzunehmen, die einen Bezug zu Geschlechts- und Diskriminierungsfragen hatten, selbst wenn sie angaben, dass diese Aktivitäten ihrem Glauben widersprechen.

Leben im Staat

Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?

In indigenen Gemeinschaften bleiben die Diskriminierung und Misshandlung von Christen indigener Herkunft ungestraft, da die Stammesführer und religiösen Leiter sowohl die Anstifter als auch die Gerichtsbarkeit sind, die eigentlich für Gerechtigkeit sorgen sollte. Die betroffenen Christen können aufgrund der autonomen indigenen Rechtsprechung keine anderen Gerichte anrufen.

Andernorts ist Straffreiheit ein weitverbreitetes Phänomen, weil kriminelle Anführer und korrupte Beamte miteinander vernetzt agieren. Falls eine Ermittlung eingeleitet wird, berücksichtigen die Behörden in der Regel nicht, dass Christen für kriminelle Angriffe viel anfälliger sind, da ihre religiösen Überzeugungen von den kriminellen Gruppen als eine Bedrohung angesehen werden. Im Kontext des extremen Säkularismus wird Hinweisen auf Intoleranz als Ursache für Angriffe gegen Christen und Kirchen nicht ernsthaft nachgegangen oder diese werden nicht angemessen untersucht. In einigen Fällen werden die christlichen Opfer sogar noch bestraft. Die Behörden verweigern Gemeindeführern Schutz, weil sie diese als Personen des öffentlichen Lebens einstufen und daher meinen, das Recht eines Kritikers zur freien Meinungsäußerung sei maßgebend. Misshandlung und Diskriminierung von

Christen wurden so normalisiert; es wird davon ausgegangen, dass es keine strafbaren Handlungen gegeben habe.

Wurden Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?

Gemäß indigenen Bräuchen hat jeder, dessen Glaube von dem der Gemeinschaft abweicht, kein Recht, sich vor der Gemeinschaft zu äußern. Denn diese Menschen könnten andere Mitglieder der indigenen Gemeinschaft dazu ermutigen, ihren religiösen Überzeugungen zu folgen. Ihrer Stimme gegenüber wird Widerspruch erhoben, da man meint, ihre Meinung sei immer religiös motiviert, auch wenn es in der Sache nicht um Kirche oder den Glauben geht. Auch Christen in Gegenden, in denen kriminelle Gruppen oder Guerillakämpfer agieren, können nicht frei ihre christlichen Überzeugungen äußern, sofern diese der Philosophie der jeweiligen Gruppe widersprechen, die Umsetzung des Friedensabkommens betreffen oder Menschenrechte und Umweltschutz verteidigen. In den letzten regionalen Wahlen im Oktober 2019 wurden Christen als Gefahr betrachtet, die andere Kandidaten unterstützen als die jeweilige örtliche kriminelle Gruppe. Gegen diese Christen wurden Repressalien verübt. Christen, die sich für die Gemeinschaft einsetzen und die Gräueltaten und die Gesetzlosigkeit der bewaffneten Gruppen öffentlich anprangern, haben in diesem Zusammenhang über Flugblätter Morddrohungen erhalten.

Auf nationaler Ebene sind Christen in den Medien und in den sozialen Netzwerken unter Druck gesetzt worden, wenn sie sich zu Themen wie christlicher Teilhabe in der Politik, Schutz des ungeborenen Lebens, Ehe oder Rechte von Eltern geäußert haben. Sie werden schnell als Fanatiker abgestempelt und beschuldigt, die Trennung von Kirche und Staat aufzuheben und den Fortschritt in der Gesellschaft aufzuhalten. Infolge der Coronakrise wurden christliche Politiker der „Lobbyarbeit“ (eine in Kolumbien abwertende Bezeichnung) bezichtigt. Ihnen wurde vorgeworfen, sie versuchten die Wiedereröffnung von Kirchen zu erreichen, um für Pfarrer und Priester einen wirtschaftlichen Vorteil herauszuschlagen. Kritiker bezeichnen die Praxis des Zehntengebens und der Geldspenden verächtlich als rückschrittlich und Diebstahl. Selbst der Präsident musste vor Gericht erscheinen, nachdem er im Juli 2020 über seinen privaten Twitter-Account seinen Respekt gegenüber der Jungfrau Maria zum Ausdruck gebracht hatte.

Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?

Kriminelle Gruppen funktionieren als De-facto-Behörden in einigen ländlichen Gebieten, wo sie entweder die staatlichen Behörden ersetzen oder in Absprache mit ihnen handeln. Diese Gruppen behindern die Aktivitäten von christlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im Bereich der Jugendarbeit oder gegen den Drogenmissbrauch engagieren, da sie als eine Bedrohung für die Rekrutierung junger Menschen gesehen werden. Wenn christliche politische Parteien versuchen, neue Anhänger in von kriminellen Gruppen kontrollierten Gebieten zu gewinnen, riskieren sie umfassende Gegenwehr. Das Risiko hat sich im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 erhöht, nachdem die Wahlergebnisse einiger Verwaltungsbezirke bekannt wurden. Die Gewalt ist in einigen Gegenden eskaliert,

wo Parteien oder Kandidaten, die nicht von kriminellen Gruppen unterstützt werden, zum „militärischen Ziel“ erklärt wurden.

Soziale oder politische Vertreter, die Christen sind, sehen sich seit den Wahlen von Oktober 2019 stärkerem Druck ausgesetzt, weil dabei die politische Linke an Boden gewonnen hat. Die Feindseligkeit ihnen gegenüber hat zugenommen; sie werden daran gehindert, ihre Ansichten und Werte in der Öffentlichkeit frei zu äußern.

Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?

Da der Staat den indigenen Gemeinschaften Autonomie und Selbstbestimmung verliehen hat, regeln die indigenen Volksgruppen ihr Zusammenleben eigenverantwortlich. Dabei versuchen die Anführer ethnischer Gruppen, die als Autorität in diesen Landesteilen agieren, einen Lebensstil zu etablieren, der durch die Bräuche ihrer Vorfahren bestimmt ist. Vor diesem Hintergrund propagieren diese die Verstoßung aller Personen, die die Hinwendung zum christlichen Glauben und die Abwendung von den Stammesbräuchen fördern. Christen indigener Herkunft werden für negative Ereignisse, die in der Gemeinschaft geschehen, verantwortlich gemacht, einschließlich der Verbreitung des Coronavirus; Von illegalen Gruppen werden sie beschuldigt, als Informanten für rivalisierende Gruppen oder die Polizei zu arbeiten.

Andernorts in Kolumbien kommt es immer wieder zu sozialer Stigmatisierung und Diffamierung von Christen durch die Medien oder die Zivilgesellschaft, besonders dann, wenn christliche Leiter es wagen, sich zu Fragen des Lebensschutzes, der Familie, der Wahlverfahren oder der Friedensabkommen zu äußern. Das Ziel scheint zu sein, Spaltungen innerhalb der Kirche herbeizuführen, damit sie in den Augen der Gesellschaft an Glaubwürdigkeit verliert. Im jüngsten Wahlkampf kritisierten Bürger harsch die Verbindungen einiger christlicher Gruppen zu politischen Kandidaten. Dies hat eine Zunahme der religiösen Intoleranz begünstigt und die Missachtung des religiösen Pluralismus im Land gefördert. Es hat auch dazu geführt, dass die Medien nur minimal über Angriffe krimineller Gruppen auf die Kirche und religiöse Leiter berichtet haben. Darüber hinaus leiden Christen in ländlichen Gebieten, insbesondere Christen mit pfingstlerischem Hintergrund, unter einer weit verbreiteten Diffamierung durch gewöhnliche Bürger und Gemeindeleiter anderer Konfessionen.

Kirchliches Leben

Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?

Christliche Leiter und ihre Familien geraten besonders ins Fadenkreuz, wenn sie in indigenen Gemeinschaften oder Gebieten leben und arbeiten. Sie werden oft von ihrer Gemeinschaft gemieden und müssen in sehr armseligen Verhältnissen leben. In urbanen Gebieten sind verbale Angriffe gegen christliche Leiter an der Tagesordnung, wenn sie für Themen eintreten wie Ehe, Familie, Unantastbarkeit des Lebens oder Sichtbarkeit der Kirche in der Öffentlichkeit. Nach der Wiedereröffnung der Kirchen und während des coronabedingten

Lockdowns wurden viele christliche Leiter angeprangert, sie handelten unverantwortlich und förderten die Verbreitung des Coronavirus.

In Gebieten, die von kriminellen Gruppen vereinnahmt werden, wird niemand sonst so häufig mit Strafzahlungen und Bewegungseinschränkungen belangt wie christliche Leiter und ihre Familien. Dies gilt besonders dann, wenn ihre Aktivitäten im Zusammenhang stehen mit Menschenrechten, dem Umweltschutz, der Jugendarbeit, der Umsetzung des Friedensabkommens, der Hilfe für Binnenvertriebene, der Unterstützung bei Landrückgabeforderungen, der Verhinderung des Kokaanbaus und wenn sie sich weigern, mit den kriminellen Gruppen zusammenzuarbeiten. Da christliche Leiter als Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angesehen werden, wirken Angriffe auf sie als Einschüchterung der gesamten, in einem bestimmten Gebiet lebenden Bevölkerung. Die Kinder von Pastoren sind in besonderem Maße Ziel von Menschenhandel, Zwangsrekrutierung oder Vergewaltigung. So sollen Pastoren von der Fortsetzung ihres Gemeindedienstes abgehalten werden.

Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?

Aktivitäten christlicher Organisationen sind in indigenen Gemeinschaften nicht gestattet. Christliche indigene Schulen oder Gesundheitszentren zu betreiben, ist sowohl von den indigenen Behörden als auch der kolumbianischen Regierung verboten. Organisationen, die christlichen Kirchen nahestehen und dabei helfen, junge Drogensüchtige wieder zu integrieren, werden regelmäßig von kriminellen Gruppen ins Visier genommen (da sie solche Jugendarbeit als „Angriff“ auf ihre wirtschaftlichen Interessen sehen). Außerdem können manche christlichen Organisationen, bedingt durch die schlechte Sicherheitslage in den Grenzregionen, keine Flüchtlingshilfe leisten (besonders wenn die Flüchtenden aus Venezuela kommen).

Andernorts wurden Organisationen, die das ungeborene Leben oder die Ehe verteidigen, von radikalen feministischen Gruppen und LGBTI-Gruppen schikaniert – bis hin zu dem Punkt, dass sie vor Gericht der Diskriminierung beschuldigt wurden und zu Gewalt gegen sie aufgerufen wurde. Dies zeigte seine abschreckende Wirkung: Heutzutage ziehen es die Organisationen, die im Bildungsbereich arbeiten wollen, vor, nicht mit Kirchen verbunden zu sein.

Wurden die Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten in ihrem Gotteshaus zu organisieren?

Aufgrund des unmittelbaren Widerstands gegen den christlichen Glauben in den meisten indigenen Gebieten müssen die kirchlichen Aktivitäten von Christen indigener Herkunft in völliger Geheimhaltung geschehen; Versammlungen finden in kleinen, geheimen Gebetshäusern und bei geringer Lautstärke statt. An Orten, die von kriminellen Gruppen beherrscht werden, unterliegen kirchliche Aktivitäten der Genehmigung, Kontrolle und Überwachung durch kriminelle Gruppen; der Gesprächsinhalt der Gemeindemitglieder oder der Zweck der Aktivität darf selbst innerhalb der Kirchengebäude diese Gruppen nicht

kritisieren. Kriminelle legen zudem auch die Zeiten der Aktivitäten nach ihrem Gutdünken fest.

In den Städten kommt es immer häufiger zu Behinderungen der kirchlichen Aktivitäten: Beschwerden über Lärm und das Eindringen in den öffentlichen Raum sind eindeutig diskriminierend – denn gegen andere Unterhaltungseinrichtungen wie Bars und Diskotheken im gleichen Stadtgebiet gibt es keine Beschwerden. Auch wenn es noch keine Einschränkungen von offizieller Seite gab, so wurden doch „Verwarnungen“ ausgesprochen, welche die Weiterentwicklung einiger kirchlicher Aktivitäten bremsen.

Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?

In ländlichen Gebieten überwachen illegale Gruppen in strengem Maße die Predigten, Aktivitäten und verwendeten christlichen Materialien. Es ist üblich, Beobachter in die Gemeinden einzuschleusen; sie sollen alles melden, was sich den kriminellen Aktivitäten der Gruppen widersetzt oder ihnen widerspricht. Pastoren müssen äußerst vorsichtig sein, welche Informationen sie auf ihren Mobiltelefonen haben, da kriminelle Gruppen für gewöhnlich Mobiltelefone an ihren Checkpoints kontrollieren, wenn Pastoren auf ihren Reisen diese passieren. In Gebieten, die von einer oder mehreren kriminellen Gruppen beherrscht werden, wird es zunehmend schwieriger für die Gemeinden, da die Verbote ständig verschärft werden. Jegliche Erwähnung von sozialen Fragen in einer Predigt ist gefährlich.

Im Zusammenhang mit ethnischen Gruppen ist es mit Risiko behaftet, den christlichen Glauben zu verbreiten; jede Art von christlicher Predigt wird angezeigt und gemäß den Bräuchen der Vorfahren bestraft.

In Städten wie Bogotá, Cali und Cartagena wird das, was in den Kirchen über Sexualität und ähnliche Themen gelehrt wird, von weltanschaulichen Gruppierungen überwacht, die mit extremen feministischen und LGBTI-Gruppen verbunden sind und gemeinsam Druck ausüben. Dabei suchen sie nach möglichen Vorwürfen der Diskriminierung. Gottesdienste zu überwachen und anzugehen, wurde im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2021 noch einfacher, weil Gottesdienste während der Zeit der Coronamaßnahmen über mehrere Monate hinweg ausschließlich online stattgefunden haben.

Auftreten von Gewalt

Gewaltsame Übergriffe auf Christen im Zusammenhang mit ihrem Glauben haben weiterhin extremes Ausmaß. Kriminelle Gruppen sind dabei die Haupttäter. Die Maßnahmen im Rahmen der Covid-19-Pandemie erhöhten die Verwundbarkeit der Christen, die in den von solchen Gruppen beherrschten Gebieten leben.

9. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Gemäß dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2019 heißt es: „Die jüdische Gemeinschaft berichtet von einem Aufleben des Antisemitismus in den sozialen Medien;

dazu gehört auch das aggressive Vorgehen der BDS-Bewegung, einer antiisraelischen Protestbewegung, die antisemitische Slogans wie ‚Juden kontrollieren die Medien‘ benutzt.“

Es wurde zudem berichtet, dass das Denkmal des Staates Israel in Bogotá mit einem Hakenkreuz und dem durchgestrichenen Wort „Israel“ beschmiert wurde. Der israelische Botschafter in Kolumbien, Christian Cantor, verbreitete über soziale Netzwerke Fotos der Schmierereien und brachte seine Abscheu darüber zum Ausdruck.

10. Gebetsanliegen

Bitte beten Sie für Kolumbien:

- Wegen der Covid-19-Pandemie schränken indigene Gemeinden den Zugang zu ihren Gemeinschaften ein und blockieren in einigen Fällen Straßen, die zu ihrem Heimatgebiet führen. Diese Aktionen verhindern, Christen zu erreichen und Hilfe anzubieten. Beten Sie für die Christen in den indigenen Gemeinden um Gottes Versorgung.
- Beten Sie für Christen, die in Gebieten leben, die von Rebellen und kriminellen Gruppen kontrolliert werden. Bitten Sie Gott um Schutz und Mut, weiterhin sein Evangelium zu leben und zu predigen.
- Beten Sie für die Familien der Gemeindeleiter, die in diesem Jahr in Kolumbien getötet wurden. Beten Sie dafür, dass Gott sie tröstet und sie von ihren Traumata heilt.